

Anke Christine Lerch/
Ute Gierczynski-Bocandé

Senegal nach dem Regierungswechsel

Am 19. März 2000 ging ein Traum vieler, vor allem junger Senegalesen in Erfüllung: der Traum von der *alternance*, dem politischen Wechsel in Senegal, das seit seiner Unabhängigkeit vor vierzig Jahren vom Parti Socialiste regiert worden war. Abdoulaye Wade, Chef der liberalen senegalesischen Partei PDS (Parti Democratique Senegalais) und langjähriger Oppositionsführer wurde in freien demokratischen Wahlen zum neuen Präsidenten gewählt. Nach den ersten Monaten im Amt hat sich die anfängliche Euphorie gelegt, und Wade muss sich an den Realitäten messen lassen.

Die Kandidatur bei diesen Wahlen war bereits Wades fünfter Anlauf für das höchste Staatsamt. Ihm kam diesmal zugute, dass nach vierzig Jahren Herrschaft auch viele frühere Anhänger des Parti Socialiste von der bisherigen Regierung enttäuscht waren und sich desillusioniert von ihrer Partei und deren Kandidaten, dem seit 1981 regierenden bisherigen Präsidenten Abdou Diouf, abwandten. Ausschlaggebend für den Sieg der bisherigen Opposition war diesmal, dass auch der populäre bisherige Staatsminister in der PS-Regierung, Moustapha Niasse, wenige Monate vor den Wahlen den PS verließ, eine eigene Partei gründete und selbst für das Präsidentenamt kandidierte. Im ersten Wahlgang erreichte er trotz eines beachtlichen Stimmenerfolgs zwar nur den dritten Platz, aber seine Unterstützung für den zweitplatzierten Abdoulaye Wade im zweiten Wahlgang ermöglichte den ersten Regierungswechsel in der senegalesischen Geschichte. Vor allem die Zusage Wades, im Falle seines Wahlsieges Moustapha Niasse

Am 19. März 2000 ging ein Traum vieler, vor allem junger Senegalesen in Erfüllung: der Traum vom politischen Wechsel in Senegal, das seit seiner Unabhängigkeit vor vierzig Jahren vom Parti Socialiste regiert worden war. Nach einigen Monaten im Amt muss die neue Regierung nun der Wirklichkeit ins Auge sehen.

■ **Die anfängliche Euphorie über den Sieg Wades mit Hilfe der Wahlallianz hat sich inzwischen gelegt und Wade muss sich einer kritischeren Beurteilung stellen.**

zum Premierminister seiner Regierung zu ernennen, hat nochmals viele Wähler, die zunächst einem möglichen Präsidenten Wade kritisch gegenüberstanden, zur Stimmabgabe für den Oppositionskandidaten bewogen. Während Wade vielen als charismatischer, aber unberechenbarer Phantast gilt, verkörpert Niasse eher den erfahreneren, besonnenen und pragmatischen Politiker mit langjähriger Erfahrung im In- und Ausland.

Die anfängliche Euphorie über den Sieg Wades mit Hilfe der Wahlallianz hat sich inzwischen gelegt und Wade muss sich einer kritischeren Beurteilung stellen. Die ersten Fauxpas des neuen Staatschefs im In- und Ausland mussten mühsam ausgebügelt werden, und die Erfüllung der zahlreichen Wahlversprechungen lässt auf sich warten. Die sozialen Spannungen haben sich etwas beruhigt, aber die öffentliche Meinung beginnt, die neue Regierung mit realistischeren Augen zu sehen und sich Fragen zu stellen: Kann Wade seine Politik überhaupt gegen das Parlament durchsetzen, in dem die sozialistische Partei nach wie vor die Mehrheit hat? Wird aus der Zweckallianz des Wahlbündnisses eine tragfähige Regierungskoalition entstehen können? Wird die neue Partei AFP des Premierministers Niasse eine der bestimmenden politischen Kräfte des Landes werden? Welchen Einfluss haben die zahlreichen Abwanderungen aus dem PS hin zu den Parteien AFP und PDS? Wird die neue Regierung letztlich nur eine Neuauflage der alten sein?

■ **Koalitionsregierung aus sechs Parteien**

Nach dem Wahlsieg Wades begann zunächst das Tauziehen aller im Front pour l'Alternance – FAL vereinigten Parteien um die Regierungsbeteiligung. Immerhin hatten sich im zweiten Wahlgang zwölf Parteien für Wade ausgesprochen. Die neue Regierung spiegelt nun dieses politische *Patch-work* wider: die insgesamt 28 Minister stammen aus sechs verschiedenen Parteien mit teilweise sehr unterschiedlichen programmatischen und ideologischen Ausrichtungen, die von ehemals marxistischen über sozialistische Ideologien bis hin zum liberalen Spektrum reichen. Natürlich berufen sich alle Parteien und insbesondere Premierminister Moustapha Niasse

darauf, dass es bei der Rettungsaktion für ein korruptes und verfahrenes Staatswesen nicht auf ideologische Unterschiede, sondern auf gemeinsam erarbeitete pragmatische Lösungen ankomme. Trotzdem waren natürlich Frustrationen nicht zu vermeiden und insbesondere die religiös inspirierten Parteiführer, die keine Posten erhalten haben, gaben ihrer Unzufriedenheit über die neue Situation Ausdruck. Allerdings zeigen sie sich mittlerweile wieder zum Dialog im Hinblick auf eventuelle Allianzen bei den geplanten vorgezogenen Parlamentswahlen bereit und bildeten schon einmal selbst eine Allianz: Pôle de vérité (Pol der Wahrheit).

■ **Cohabitation oder vorgezogene Parlamentswahlen?**

Das größte Problem der neuen Regierung sind derzeit jedoch nicht die ideologischen Divergenzen, sondern die fehlende Mehrheit im Parlament. Präsident und Premierminister haben inzwischen beide erklärt, dass sie deshalb Neuwahlen zum nächstmöglichen Zeitpunkt anstreben. Beide rechnen sich bei einer neuen Zusammensetzung des Parlaments eine solide Mehrheit aus, die notwendig ist, um die geplanten Reformen tatsächlich durchzusetzen. Vor allem Premierminister Niassa wird auf ein gutes Ergebnis hoffen, wenn er mit seiner Partei AFP zum ersten Mal bei Parlamentswahlen antritt. Möglicherweise spekuliert er sogar darauf, die Partei des Präsidenten, den liberalen PDS, überflügeln zu können, was ihm einen größeren Einfluss in der Regierung sichern würde und seine Chancen bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in sieben Jahren erheblich verbessern würde.

■ **Das größte Problem der neuen Regierung sind derzeit nicht die ideologischen Divergenzen, sondern die fehlende Mehrheit im Parlament.**

Die Regierung hat zwei Möglichkeiten, Neuwahlen zu erreichen:

1. Der Präsident kann im Parlament die Vertrauensfrage stellen und bei negativem Votum das Parlament auflösen.

Dies scheint auf den ersten Blick der logische Weg zu sein. In Senegal liegen die Dinge jedoch anders. Eine ganze Reihe von Abgeordneten des Parti Socialiste haben bereits angekündigt, bei einer Vertrauensfrage für den Präsidenten Wade zu stimmen. Es sei nun mal der Wählerwille, dass

Wade Präsident sei, und sie würden ihre Aufgaben als Abgeordnete auch unter einem Präsidenten des PDS gewissenhaft ausführen. Zudem wollen die PS-Abgeordneten, die nach dem Wahldebakel ihres Präsidenten und dem beginnenden Zerfall des Parti Socialiste zunächst für Wochen in ungläubige Lethargie versanken, nun ihre Macht noch einmal demonstrieren. Dahinter steht natürlich auch, dass sie sich bei Neuwahlen den Verlust ihres Mandats, das mit vielen Privilegien verbunden ist, ausrechnen können. Premierminister Niassa hat aber bereits erklärt, dass er mit seiner Regierung nicht von Zufallsmehrheiten und dem Wohlwollen der PS-Mehrheit im Parlament abhängen will.

2. Der zweite Weg zu Neuwahlen führt über ein Referendum:

Die Regierung hat bereits wenige Tage nach der Wahl angekündigt, ein solches Referendum so bald wie möglich durchzuführen. In diesem Referendum soll die Frage nach Neuwahlen mit zwei weiteren wichtigen Vorhaben der neuen Regierung verbunden werden: Der Abschaffung des Senats, der zweiten Kammer des Parlaments, die erst vor zwei Jahren eingerichtet worden war und einer institutionellen Stärkung des Parlaments gegenüber Präsident und Regierung.

Die Mittel für ein Referendum sind knapp, die Zeit für die notwendigen organisatorischen Vorbereitungen läuft der Regierung davon. Ursprünglich sollte das Referendum noch vor der sommerlichen Regenzeit stattfinden und die Neuwahlen im November 2000, vor Beginn des Fastenmonats Ramadan. Außer der bereits angelaufenen Revision der Wahlregister ist aber bisher noch keine öffentliche Erklärung erfolgt, die einen Termin festlegte. Informell ist aus Regierungskreisen zu hören, dass das Referendum jetzt im November, die Neuwahlen im Februar 2001 stattfinden sollen. Möglicherweise aber auch erst das Referendum im Februar und die Neuwahlen im April.

■ **Obwohl zur Zeit über Termine nur spekuliert werden kann, hat der Wahlkampf schon in mehr oder weniger versteckter Form begonnen.**

■ **Der Vorwahlkampf beginnt**

Obwohl zur Zeit über Termine nur spekuliert werden kann, hat der Wahlkampf schon in mehr oder weniger versteckter Form begonnen. Der zerrissene

Parti Socialiste beginnt, sich wieder zusammenzuraufen und in Kampfstellung zu begeben. Die Parteien des Front pour l'Alternance, die Abdoulaye Wade zum Sieg getragen hatten, sprachen zunächst über ein weiteres Wahlbündnis, wollen jetzt aber doch getrennt in die Wahlen gehen. Die Parteien des Präsidenten (PDS) und des Premierministers (AFP) üben nur im Rahmen der Regierung Solidarität, während ihre Anhänger in den Regionen schon jetzt den erbitterten Kampf um Wählerstimmen begonnen haben. Gleich zu Beginn der gemeinsamen Regierungszeit erklärte der Staatsminister, Kabinettsdirektor und Vertraute Wades, Idrissa Seck, den Premierminister Niassa öffentlich zu seinem Konkurrenten bei den Parlamentswahlen. Der Premierminister ging zwar nicht auf diesen Affront ein und bestätigte wiederholt sein ungetrübt Verhältnis zum Staatspräsidenten – trotzdem ist diese Episode bezeichnend für das unterschwellige Konkurrenzklima, das zwischen den beiden großen Parteien herrscht.

Die politische Diskussion wird inzwischen von der Frage beherrscht, ob Wade nach den Parlamentswahlen in einer *Cohabitation* anderer Art regieren müssen. Möglicherweise wird sich das Kräfteverhältnis der beiden „großen“ Regierungsparteien untereinander deutlich verschieben. Denn der Anteil der PDS-Wähler, der im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen bei 31 Prozent lag, dürfte nicht wesentlich gestiegen sein, während die AFP von Moustapha Niassa, der im ersten Wahlgang nur 17 Prozent erreicht hatte, ihre politische Anziehungskraft erheblich steigern konnte. Nicht nur enttäuschte Politiker des Parti Socialiste wechseln nun zur AFP, sondern auch Politiker der anderen Parteien, deren politisches Verhalten dem Mechanismus der Macht gehorcht – Unterstützung dem, der die meisten Machtchancen hat. So wird der Ausgang der Parlamentswahlen vom PDS durchaus mit einigem Bangen erwartet, und auch die kleineren Parteien des Front pour l'Alternance müssen befürchten, dass sie in der neuen Nationalversammlung kein Gewicht mehr haben werden und ihre Beteiligung an der Regierungsverantwortung nur ephemere war.

■ Die politische Diskussion wird inzwischen von der Frage beherrscht, ob Wade nach den Parlamentswahlen in einer *Cohabitation* anderer Art regieren müssen. Möglicherweise wird sich das Kräfteverhältnis der beiden „großen“ Regierungsparteien untereinander deutlich verschieben.

■ „Stoppt die Zugvögel“

So lautete der Titel eines Zeitungsartikels, der das derzeitige politische Nomadentum in Senegal scharf kritisiert. Wie in vielen anderen afrikanischen Ländern orientiert sich Parteipolitik nicht in erster Linie an programmatischen oder ideologischen Gesichtspunkten, sondern an Führungspersönlichkeiten, und die Logik der Machterlangung und des Machterhalts stehen im Vordergrund. In diesem Sinne ist die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei häufig von deren Machtpotential abhängig, so dass der Regierungspartei die Anhänger zulaufen und im Gegenzug der politische Verlierer Anhänger verliert.

■ **Der Parti Socialiste, der das Land vierzig Jahre lang regiert hat, blutet langsam aus. Es fehlt eine Integrationsfigur, die die Partei zusammenhalten könnte.**

Der Parti Socialiste, der das Land vierzig Jahre lang regiert hat, blutet langsam aus. Es fehlt eine Integrationsfigur, die die Partei zusammenhalten könnte. Der nominell immer noch amtierende Vorsitzende, der abgewählte ehemalige Staatspräsident Abdou Diouf, hat nach der Amtsübergabe an Wade das Land verlassen, in Frankreich seinen Wohnsitz genommen und unmissverständlich erklärt, dass er sich aus der Parteipolitik zurückziehe, um das Feld jetzt anderen, Jüngeren zu überlassen. Auch zum ersten Parteitag des PS nach der Wahlniederlage erschien er nicht. Zahlreiche Politiker haben inzwischen den Parti Socialiste schon verlassen und andere planen es. Fast täglich wird in den Fernsehnachrichten über einen weiteren Parteiwechsel eines Bürgermeisters, Abgeordneten oder Parteifunktionärs berichtet. Die politische Migrationsbewegung scheint nicht aufhören zu wollen. Während die PS-Führung, oder was davon übrig geblieben ist, zunächst mit Verachtung auf die „Abtrünnigen“ blickte, scheint sie sich mittlerweile des katastrophalen Ausmaßes des Vorgangs bewusst zu werden. Mehr oder weniger hilflos sprechen die Vorstandsmitglieder der Partei von der Ehrlosigkeit, der Skrupellosigkeit, dem Opportunismus ihrer scheidenden Mitglieder, wohlweislich vergessend, dass der Parti Socialiste selbst in seiner Regierungszeit mit allen Mitteln versucht hatte, Mitglieder anderer Parteien abzuwerben.

Für den größten Skandal sorgte der Senatspräsident Abdoulaye Diack, der als „Pfeiler“ des PS galt. Seit mehr als vierzig Jahren war er PS-Parteiführer in der Regionalhauptstadt Kaolack gewesen und hatte

den ehemaligen Staatschef Diouf immer vorbehaltlos unterstützt. Diack steht als Präsident des Senats an dritter Stelle im Staatsrang. Anfang Juli trat er dem PDS bei, nachdem er erklärt hatte, er wolle dem neuen Staatschef seine größtmögliche Unterstützung zukommen lassen und trete nicht aus Gründen eines erhofften Amtes oder der Straffreiheit dem PDS bei.

Die Vermutung der Kritiker dieses politischen Nomadentums der PS-Politiker, der Parteiwechsel geschehe aus Angst vor Sanktionen, ist nicht unbegründet. Tatsächlich standen viele hohe PS-Politiker den großen nationalen Gesellschaften vor, die derzeit einer intensiven Rechnungsprüfung unterzogen werden. Tagtäglich gibt es neue Hinterziehungs- und Veruntreuungsskandale, die von unrechtmäßiger Ausstellung von Diplomatenpässen über Finanzlücken in astronomischen Höhen bei der Post und beim Lotto bis hin zu Ämtermissbrauch in allen erdenklichen Formen reichen.

■ Ein Pranger für Abtrünnige

Als eher verzweifelt anmutende Maßnahme zur Eindämmung der Abwanderung beschloss die Jugendorganisation des PS, auf dem Gelände der Parteizentrale in Dakar ein Monument zu errichten, auf dem die Namen der Abtrünnigen in Beton eingemeißelt werden sollten – ein Schandmonument sozusagen. Besonnenere PS-Politiker verhinderten die Umsetzung dieses Beschlusses, aber auch ein solcher Pranger hätte wohl kaum einen Politiker vom Parteiwechsel abgehalten. Materielle Vorteile und politische Macht wiegen schwerer als öffentlich gemachte Schande. Politisches Zugvögel-Verhalten wird in der Regel in der Öffentlichkeit nicht geächtet, sondern als logische Konsequenz im politischen und sozialen Leben betrachtet.

■ Transparenz und Sanktionen

Der politische Wechsel in Senegal, der in ganz Afrika mit Spannung beobachtet wurde, hat jedoch nicht nur Fragen und Zweifel aufgeworfen. Wenn man Wade auch nicht gerade als ein diplomatisches Genie bezeichnen kann, hat er doch im Land selber für ein neues, offeneres politisches Klima gesorgt. Abdoulaye Wade führt einen völlig neuen Regierungsstil ein. Manche Journalisten behaupten, er habe sein

■ **Der politische Wechsel in Senegal, der in ganz Afrika mit Spannung beobachtet wurde, hat nicht nur Fragen und Zweifel aufgeworfen. Wenn man Wade auch nicht gerade als ein diplomatisches Genie bezeichnen kann, hat er doch im Land selber für ein neues, offeneres politisches Klima gesorgt.**

Verhalten als Oppositionspolitiker noch nicht abgelegt. Seine Offenheit und Volksnähe zeugen aber auch von seiner starken Persönlichkeit.

Wade hält nicht viel von dem teilweise fast monarchisch anmutenden Zeremoniell der Regierungszeit Dioufs. Wie der malische Präsident Konaré ist Wade annähernd für jeden erreichbar, er bewegt sich mit einem minimalen Sicherheitsstab durch die Hauptstadt Dakar und die Regionen und nimmt, wie früher, kein Blatt vor den Mund.

Wenn auch die Zahl der Ministerien – im Gegensatz zu den Wahlversprechungen von Wade und Niasse – wegen politischer Rücksichtnahmen nicht substantiell verringert werden konnte (von 34 auf 28), hat der neue Präsident doch eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Kosten der Amtsführung zu reduzieren. Die Tatsache, dass sich der Staatschef selber sowie seine Minister mit einem Minimalaufgebot an Sicherheits- und Begleitpersonal bewegen, ist ein Zeichen für den Willen der neuen Regierung, die Amtsführung nicht übertrieben aufwendig erscheinen zu lassen. Weiterhin wurden die Benzinzuteilungen für Minister und Amtsträger mit Ministerrang um 70 Prozent gekürzt, ebenso können die Minister nicht mehr, wie früher, über eine beinahe unbegrenzte Zahl von Dienstwagen – auch für private Zwecke – verfügen.

Dem abgewählten Präsidenten Diouf und seiner Familie hatte Wade versichert, er wolle nach seiner Amtsübernahme keine „Hexenjagd“ veranstalten, sprich keine Unregelmäßigkeiten in Dioufs Führung der Amtsgeschäfte vor die Gerichte tragen. Diese – von einigen Beobachtern als unverhohlen demütigende Geste betrachtete – Versicherung gilt jedoch nicht für die Direktoren der Staatsbetriebe und die hohen Ministerialbeamten, wo Wade gleich nach seinem Amtsantritt mit dem Aufräumen begann. Eine umfassende Prüfung aller finanziellen Vorgänge zwischen 1960 und 2000 wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen, aber einige besonders gravierende Vergehen im politisch-wirtschaftlichen Bereich wurden bereits aufgedeckt und sanktioniert. So wurden die Direktoren der staatlichen Eisenbahngesellschaft, der nationalen Lotterie und des Zolls in den ersten drei Wochen nach der politischen Wende abgelöst und warten nun auf ihre Prozesse. Ihnen wird Ver-

■ Die Tatsache, dass sich der Staatschef selber sowie seine Minister mit einem Minimalaufgebot an Sicherheits- und Begleitpersonal bewegen, ist ein Zeichen für den Willen der neuen Regierung, die Amtsführung nicht übertrieben aufwendig erscheinen zu lassen.

untreuung von Haushaltsmitteln, häufig zum Vorteil des PS, vorgeworfen.

Insbesondere dem ehemaligen Eisenbahndirektor wird vorgeworfen, in seiner mehr als zwanzigjährigen Amtszeit Millionenbeträge dem Parti Socialiste zugeschustert zu haben, damit dieser seine aufwendigen Wahlkämpfe betreiben und seine große Klientel befriedigen konnte. Zur gleichen Zeit wurden wichtige Bahnstrecken geschlossen und versandeten, der Personenverkehr wurde bis auf wenige Ausnahmen eingestellt und das Schienennetz und die Züge verwarhlosten immer mehr. Jedes Jahr kommen zahlreiche Entgleisungen und Unfälle vor, spektakulär war im Frühjahr die Entgleisung eines Güterzuges mit Chemikalien in Thies, die ein ganzes Marktareal verseuchten und unbenutzbar machten. Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich im Zuge der Pilgerfahrt zum Fest der Mouridenbruderschaft in deren heiliger Stadt Touba. Ein völlig überladener Personenzug entgleiste infolge der Überalterung des Schienenmaterials. Zwanzig Tote und mehr als zweihundert Verletzte waren zu beklagen.

Der Direktor der regierungsnahen Tageszeitung *Le Soleil* brauchte nicht abgelöst zu werden. Er trat schon am Tag nach dem Wahlsieg Wades mit der nachvollziehbaren Begründung zurück, dass er als Verehrer des scheidenden Staatschefs nun nicht mehr die Zeitung leiten könne. Nach einigen Wochen Probezeit wurde schließlich auch der Direktor des staatlichen Fernsehens ausgewechselt, der sich nicht mit den Methoden der neuen Regierung anfreunden konnte. Bisher hatte er bei der Programmplanung ausschließlich auf Anweisungen von oben reagiert und war nun außerstande, in Eigeninitiative ein ansprechendes Programm zu gestalten, wie es von ihm verlangt wurde.

Der Austausch des Generalstabschefs der Armee sowie der wichtigsten anderen militärischen Dienstgrade war erwartet worden und geschah unspektakulär.

■ Gefahr und Nutzen einer Diplomatie der offenen Worte

Während Wades Regierungsstil in Senegal vorwiegend auf Zustimmung stößt, hat seine erste Auslandsreise, die ihn in mehrere Länder führte, einige

■ **Insbesondere dem ehemaligen Eisenbahndirektor wird vorgeworfen, in seiner mehr als zwanzigjährigen Amtszeit Millionenbeträge dem Parti Socialiste zugeschustert zu haben, damit dieser seine aufwendigen Wahlkämpfe betreiben und seine große Klientel befriedigen konnte.**

■ **Seine zehntägige Reise begann Wade wie erwartet im früheren Mutterland Frankreich, wo er mit Präsident Chirac, Premierminister Jospin und weiteren führenden Persönlichkeiten zusammentraf.**

Aufregungen hervorgerufen, die bis zu einer diplomatischen Krise mit dem Nachbarland Mauretanien reichten.

Seine zehntägige Reise begann Wade wie erwartet im früheren Mutterland Frankreich, wo er mit Präsident Chirac, Premierminister Jospin und weiteren führenden Persönlichkeiten zusammentraf. Wade bekräftigte in Paris den Bestand der engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Senegal und Frankreich, warb für Investitionen und versicherte der französischen Führung, dass auch die neue Regierung Senegals Frankreich als wichtigstes politisches und wirtschaftliches Partnerland betrachte.

■ **Waffen aus Frankreich**

Größeres Aufsehen rief Wade durch seine offene Frage nach Waffen hervor: Er sei auch nach Frankreich gefahren, sagte er, um Waffenlieferungen an die senegalesische Armee auszuhandeln. Die senegalesische Armee sei völlig unzulänglich ausgestattet und könne der Hochrüstung der Nachbarn im Zweifelsfall nicht standhalten. Dies war eine deutliche Anspielung auf den regen Waffenhandel in Guinea-Bissau und die mutmaßliche Unterstützung der senegalesischen Separatisten in der Casamance durch den bissauischen General und ehemaligen Putschisten Mané. Außerdem forderte Wade den Einsatz von UNO-Truppen entlang der Grenze zu Guinea-Bissau als vorübergehende Schutzmaßnahme, was von der Regierung dieses Landes als Affront aufgefasst werden musste.

Wades deutliche Worte lösten eine heftige Verstimmlung mit den Nachbarländern aus, die jedoch durch den Einsatz von Premierminister Niassa und Außenminister Gadio wieder gemildert werden konnte.

Der gambische Außenminister Sedate Jobe, der bisher eine wichtige Vermittlerrolle im Separatistenkonflikt zwischen den Casamance-Rebellen und der senegalesischen Regierung ausgeübt hatte, wollte diese Funktion aufgeben, konnte aber durch den senegalesischen Außenminister wieder umgestimmt werden. Guinea-Bissaus Präsident, Kumba Yalla, der zu Wades Amtseinführung gekommen war, äußerte zwar Enttäuschung über Wades Forderung nach UNO-Truppen an der Grenze, zeigte sich jedoch

weiterhin offen für Gespräche. Die drei Länder Senegal, Gambia und Guinea-Bissau sind durch die geographische Lage und ihre gemeinsame Geschichte aufs Engste miteinander verbunden und können sich Konflikte untereinander nicht leisten. Wades Äußerungen können aber als Aufforderung an die beiden Nachbar-Staatschefs verstanden werden, in Zukunft Waffentransporte in Richtung Casamance konsequenter zu verhindern, um nicht als Helfer der Separatisten dazustehen.

■ **Unruheherd Grenzbereich zu Guinea-Bissau**

In der Grenzregion zu Guinea-Bissau geschehen immer wieder Übergriffe auf die senegalesische Zivilbevölkerung, an denen Soldaten der guinea-bissauischen Armee beteiligt sein sollen. Im Juni wurden zwölf senegalesische Marktfrauen in einem Grenzort in Guinea-Bissau von Soldaten als Geiseln festgehalten, um die Freilassung mehrerer guineischer Krimineller aus senegalesischen Gefängnissen zu erwirken. Staatspräsident Kumba Yalla schaltete sich selbst in die Verhandlungen ein, um die Befreiung der Senegalesinnen zu erwirken.

Diese Episode illustriert die Instabilität der Lage in Guinea-Bissau und wirft die Frage auf, ob der erst im vergangenen Jahr in sein Amt gewählte Staatschef in der Lage ist, Übergriffe von Elementen der Armee zu verhindern. Der oberste Armeechef, Ansoumana Mane, der den früheren Staatschef Vieira in einem Putsch abgesetzt hatte, steht immer noch als Machtfaktor in einer Schlüsselstellung. Die zum großen Teil aus früheren Unabhängigkeitskämpfern bestehende Armee ist nicht nur für die jetzige demokratisch gewählte Regierung Guinea-Bissaus ein Unsicherheitspotential, sondern auch für die Nachbarländer, vor allem Senegal. Nicht gerade vorteilhaft für die Lösung des Konfliktes ist auch die Tatsache, dass Vieira damals trotz militärischer Hilfe aus Senegal von General Mané gestürzt wurde, was die Sympathie Manés und der guinea-bissauischen Armee gegenüber Senegal nicht erhöht hat. Die Furcht der senegalesischen Führung, Mané biete den Casamance-Rebellen nicht nur Rückzugsmöglichkeiten, sondern er statte sie systematisch mit Waffen und schwerem Geschütz aus, ist durchaus begründet.

■ **In der Grenzregion zu Guinea-Bissau geschehen immer wieder Übergriffe auf die senegalesische Zivilbevölkerung, an denen Soldaten der guinea-bissauischen Armee beteiligt sein sollen.**

■ Diplomatisches Missverständnis mit Mauretanien

Ausgesprochen heftig war die Reaktion Mauretaniens auf Wades Äußerungen zum Waffenkauf, als Wade zudem noch die Bewässerung der senegalesischen Vallées Fossiles (Urstromtäler) mit dem Wasser des gemeinsamen Grenzflusses Senegal ankündigte. Dieses Bewässerungsprojekt, das große innenpolitische Bedeutung in Senegal hat, steht seit Jahren auf der Liste der ungelösten Konflikte mit der mauretanischen Führung. Während der versandende Sahel-Staat Senegal sich von diesem Projekt die Belebung seiner Landwirtschaft verspricht, fürchtet die mauretanische Regierung, dass die hierfür notwendige Ableitung von großen Wassermengen aus dem Senegalfluss zum Austrocknen der mauretanischen Anbauflächen führen werde.

■ Die mauretanische Regierung reagierte auffällig aggressiv auf Wades Äußerungen zu beabsichtigten Waffenkäufen und zur Nutzung des Senegalflusses: Vierzehn Tage hätten die in Mauretanien ansässigen Senegalesen Zeit, um das mauretanische Territorium zu verlassen, ließ das Innenministerium in Nouakchott verlauten.

Die mauretanische Regierung reagierte auffällig aggressiv auf Wades Äußerungen zu beabsichtigten Waffenkäufen und zur Nutzung des Senegalflusses: Vierzehn Tage hätten die in Mauretanien ansässigen Senegalesen Zeit, um das mauretanische Territorium zu verlassen, ließ das Innenministerium in Nouakchott verlauten. Unverzüglich machten sich zahlreiche Senegalesen mit ihrer gesamten Habe auf den Heimweg, denn die Erinnerung an die gewaltsamen Zwischenfälle im Jahr 1989 sind noch frisch, als ein kleiner Vorfall zwischen senegalesischen Bauern und mauretanischen Viehzüchtern zu brutalen Ausschreitungen in beiden Ländern geführt hatte. Mehr als 3000 Senegalesen verließen diesmal innerhalb weniger Tage Mauretanien und die einzige Fähre über den Senegalfluss transportierte Tag und Nacht Familien, Güter und Vieh auf die senegalesische Seite.

Gleichzeitig forderte die mauretanische Regierung ihre im Senegal ansässigen Staatsbürger auf, nach Mauretanien zurückzukehren. Diese Aufforderung wurde jedoch nur zögerlich befolgt. Während die Senegalesen in Mauretanien in vieler Hinsicht Repressionen und rassistischen Ressentiments ausgesetzt sind, gehen die Mauretanier in Senegal ungehindert ihren Geschäften als Klein- und Mittelhändler nach und sind teilweise recht gut in die senegalesische Gesellschaft integriert.

Wiederum musste der senegalesische Premierminister Niasse sich beeilen, die Wogen zu glätten, ehe der Konflikt weiter eskalieren konnte. Bei einem Blitzbesuch in der mauretanischen Hauptstadt gelang es ihm, die Äußerungen Wades zu relativieren: Senegal werde keinesfalls eine einseitige Entscheidung für die Wiederaufnahme des Bewässerungsprojektes treffen. Die senegalesische Regierung gab eine entsprechende offizielle Erklärung ab und Außenminister Cheikh Tidiane Gadio rief in Dakar das Diplomatische Corps zusammen, um die Position der senegalesischen Regierung zu verdeutlichen.

Zusätzlich griff auch der malische Staatschef, Alpha Oumar Konaré, schlichtend in den Konflikt ein und kündigte ein baldiges Gipfeltreffen der drei Staatsoberhäupter der Organisation der Anrainerstaaten des Senegalflusses (OMVS) in Bamako an. Wade reiste kurzfristig nach Bamako, um Konaré über die Lage zu informieren, dieser flog kurz darauf für einige Stunden nach Nouakchott, wo es ihm mit seinem diplomatischen Geschick gelang, den mauretanischen Präsidenten Taya zur Rücknahme seines Ausweisungsbefehls zu bewegen. Auch der gambische Staatschef, Yaya Jammeh, war angereist und nahm an den diplomatischen Gesprächen mit Taya teil.

Wade selber erklärte schließlich, dass er missverstanden worden sei und das Bewässerungsprojekt nicht auf der Tagesordnung stehe. Niemals habe er davon gesprochen, das Projekt in Angriff zu nehmen. Dies steht in krassem Widerspruch zu seinen Äußerungen im Wahlkampf und auch noch nach seiner Amtsübernahme, in denen er die Bewässerung der Vallées Fossiles zu einem seiner Hauptanliegen gemacht hatte.

■ „Königlicher“ Empfang in Marokko

Die mauretanische Führung war bei ihrer scharfen Reaktion auch durch einen weiteren Faktor irritiert: Wade hatte auf seiner ersten Auslandsreise in Marokko einen grandiosen Empfang von König Mohammed VI. erhalten und das ausgesprochen herzliche Verhältnis der beiden Länder immer wieder betont. Zahlreiche Projektpläne für eine intensivere Zusammenarbeit waren geschmiedet worden, wie z.B. der

■ Die mauretanische Führung war bei ihrer scharfen Reaktion auch durch einen weiteren Faktor irritiert: Wade hatte auf seiner ersten Auslandsreise in Marokko einen grandiosen Empfang von König Mohammed VI. erhalten und das ausgesprochen herzliche Verhältnis der beiden Länder immer wieder betont.

Bau einer Straße von Rabat nach Dakar. Dass diese notwendigerweise durch Mauretania führen würde, während Wade mit Mauretania noch gar keinen Kontakt aufgenommen hatte, musste für den mauretaniaischen Staatschef Ould Taya fast beleidigend wirken.

Ergebnisse der Gespräche zwischen Wade und der marokkanischen Staatsführung waren die Unterstützung des Baus eines großen Krankenhauses in Dakar, das den Namen König Mohammeds VI. tragen soll, sowie Spenden des Königs an die muslimische Tidiana-Bruderschaft in Senegal zur Fertigstellung der großen Moschee in Tivavouane und des Mausoleums des Gründers der Bruderschaft, El Hadj Malick Sy.

■ Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Libyen

Seine erste Auslandsreise führte Wade nach Frankreich und Marokko sowie nach Libyen. Die Beziehungen zu diesem Staat waren bislang eher kühl gewesen, was Wade nicht davon abhielt, mit Libyen ebenfalls Entwicklungsprojekte zu planen, wie eine senegalo-libysche Investitionsbank. Wade sagte, er sehe nicht ein, warum verschiedene europäische Länder Senegal davon abhalten wollten, mit Libyen Wirtschaftsbeziehungen einzugehen, während sie selber solche unterhielten. Neben den geplanten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Senegal und Libyen stand das Thema der afrikanischen Einheit im Mittelpunkt der Gespräche der beiden Staatschefs.

■ Neue Rolle Senegals in Westafrika

Wades Bestrebungen, in der westafrikanischen Region eine stärker herausgehobene Stellung einzunehmen, sind unverkennbar. Bessere militärische Ausstattung, kapitalversprechende Beziehungen und mehr diplomatischer Einfluss liegen Wade am Herzen, und wenn er dafür in Nigeria als Imposteur behandelt wird, stört ihn dies keineswegs. Tatsächlich begab Wade sich auf seiner ersten großen Auslandsreise zwischen Paris und Rabat kurz zum ECOWAS-Gipfel nach Abuja und wurde dort äußerst kalt empfangen: Der nigerianische Staatschef Obasanjo holte ihn weder vom Flughafen ab noch verabschiedete er

■ Wades Bestrebungen, in der westafrikanischen Region eine stärker herausgehobene Stellung einzunehmen, sind unverkennbar.

ihn, eine wahrscheinlich wohlüberlegte Unhöflichkeit. Tatsächlich muss die nigerianische Supermacht in Westafrika fürchten, dass Senegal ihr diesen Rang streitig machen will.

Dies wurde noch einmal deutlich auf der Gipfelkonferenz der OAU, die im Juli in Lomé stattfand. Der senegalesische Präsident Wade machte sich zum lautesten Fürsprecher der afrikanischen Einheit und bestand darauf, dass die Konferenz nicht ohne ein einmütiges Bekenntnis zur Einheit auseinandergehe. Er forderte die Mitgliedsstaaten auf, in ihren Ländern die notwendigen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zur Abtretung von Souveränitätsrechten an eine überstaatliche afrikanische Gemeinschaft zu schaffen, damit den Worten endlich Taten folgen könnten.

■ **Noch keine Lösungen, aber ein neuer politischer Stil**

Die großen politischen Würfe sind in den ersten Monaten der Amtszeit des neuen Präsidenten Wade bisher ausgeblieben. Viele seiner Wahlversprechen wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden auch nicht in kurzfristigen Aktionen zu erfüllen sein. Die Erwartungen seiner Wähler sind hoch, doch Wade muss sich jetzt den Realitäten stellen. Wo sollen die neuen Arbeitsplätze herkommen, wenn die Investitionen nicht erhöht werden können? Wer soll in Senegal investieren, wenn Infrastruktur, Elektrizitätsversorgung, Verkehrswege viele Wünsche offen lassen? Die angekündigten Projekte wie ein neuer Großflughafen für Dakar und eine Autofabrik, die einen senegalesischen „Volkswagen“ herstellen soll, halten einer realistischen Prüfung kaum stand. Das Bildungswesen ist in desolatem Zustand, doch es fehlen die Mittel. Die Erfüllung des Wahlversprechens, alle arbeitslosen Lehrer einzustellen, bleibt Wade denn auch weiterhin schuldig. Der Konflikt in der Casamance schwelt weiter, bindet Kräfte und ist ein Entwicklungshindernis für diese Region, die einst die Kornkammer Senegals war.

Tatsächlich bemerkenswert ist jedoch der neue politische Stil, den Wade eingeführt hat. Er bemüht sich sichtlich, seine Regierungsführung transparent zu gestalten und hat der Korruption erbitterten

■ **Die großen politischen Würfe sind in den ersten Monaten der Amtszeit des neuen Präsidenten Wade bisher ausgeblieben. Viele seiner Wahlversprechen wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden auch nicht in kurzfristigen Aktionen zu erfüllen sein.**

Kampf angesagt. Er stellt sich der Kritik und der Diskussion und gibt bereitwillig Auskunft über seine politischen Vorstellungen. Dabei scheut er auch nicht den Konflikt, wenn er auch manchmal übers Ziel hinausschießt. In der Bevölkerung genießt er nach wie vor großen Rückhalt und dies könnte eine Dynamik bewirken, die in Senegal wirklich zu einer Veränderung führen und den Traum von einer nachhaltigen Entwicklung des Landes Wirklichkeit werden lassen kann.

Das Manuskript wurde Ende Juli 2000 abgeschlossen.